

## **Verwaltungsvorschriften**

**zur Versorgung der Untergebrachten mit Arznei- und Verbandmitteln, Zahnersatz und Zahnkronen, Sehhilfen, Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln nach dem 11. Abschnitt, §§ 67ff. des Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes**

vom 8. Februar 2023

JustVA III A 1

Telefon 90 13 – 3423 oder 90 13 -0, intern 9 13 - 3423

Auf Grund des § 6 Absatz 2 Buchstabe b AZG wird zu den §§ 67 ff. des Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes in der Fassung vom 27. März 2013 (GVBl. S. 71), das durch Gesetz vom 4. April 2016 (GVBl. S. 152, 204) und zuletzt durch Gesetz vom 27. September 2021 (GVBl. S. 1145) geändert worden ist, mit den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften ergänzend bestimmt:

### **1**

#### **Art und Umfang**

Soweit in den nachstehenden Vorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist, richten sich Art und Umfang der Leistungen nach den jeweils einschlägigen Vorschriften des Fünften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB V) und den nach § 92 SGB V beschlossenen Richtlinien der Bundesausschüsse.

### **2**

#### **Arzneimittel**

In medizinisch notwendigen Fällen dürfen zu Lasten des Landeshaushaltes auch die nach § 34 in Verbindung mit § 93 SGB V von der Versorgung durch die gesetzliche Krankenversicherung ausgeschlossenen Arzneimittel verordnet werden.

### **3**

#### **Zahnersatz und Zahnkronen**

(1) Untergebrachte erhalten grundsätzlich einen Zuschuss aus Haushaltsmitteln zu den Kosten einer notwendigen zahnprothetischen Behandlung (Zahnersatz und Zahnkronen) sowie zu den Kosten für notwendige zahnärztliche und zahn technische Leistungen (Suprakonstruktionen). Der Zuschuss zu den nach dem SGB V festgesetzten Beträgen für die jeweilige Regelversorgung beträgt 60 % der Gesamtsumme.

(2) Die zahnprothetische Behandlung ist notwendig, soweit Untergebrachte ihrer zur Befreiung von Schmerzen, zur Erhaltung erkrankter Zähne oder zur Behebung oder Verhütung von ernstlichen Störungen ihres gesundheitlichen Allgemeinzustandes bedürfen.

(3) Untergebrachte, deren voraussichtliche Verweildauer im Vollzug weniger als 6 Monate vom Zeitpunkt der Antragstellung auf Zahnersatz beträgt oder deren zahnprothetische Behandlung voraussichtlich nicht vor ihrer Entlassung beendet sein wird, darf ausnahmsweise ein Zuschuss aus dem Landeshaushalt bis zur Höhe von 100 % zu den nach Absatz 1 anfallenden Kosten gewährt werden, wenn es aus allgemein medizinischen Gesichtspunkten unumgänglich ist, sofort eine zahnprothetische Behandlung durchzuführen. Die Entscheidung über einen Kostenzuschuss nach Satz 1 trifft die Einrichtung nur auf Grundlage einer zahnärztlichen Empfehlung und nach vorheriger Anhörung und Bestätigung der Unaufschiebbarkeit durch die zuständige Ärztin oder den zuständigen Arzt.

(4) Für Untergebrachte, die nach § 62 SVVollzG Bln taschengeldberechtigt sind, können die Kosten für die zahnprothetische Versorgung bis zur vollen Höhe vom Landeshaushalt übernommen werden, wenn ein Verfahren entsprechend Nummer 9 Absatz 3 Satz 1 und Satz 2 nicht in Betracht kommt und die Kosten nicht von Dritten getragen werden.

(5) Der Zuschuss nach Absatz 1 erhöht sich auf 70 %, wenn der Gebisszustand der Untergebrachten regelmäßige Zahnpflege erkennen lässt und die Untergebrachten nachweisen können, dass sie sich während der letzten fünf Jahre vor Beginn der Behandlung mindestens einmal in jedem Kalenderjahr haben zahnärztlich untersuchen lassen. Der Zuschuss nach Absatz 1 erhöht sich auf 75 %, wenn der Gebisszustand der Untergebrachten regelmäßige Zahnpflege erkennen lässt und die Untergebrachten nachweisen können, dass sie sich während der letzten zehn Jahre vor Beginn der Behandlung mindestens einmal in jedem Kalenderjahr haben zahnärztlich untersuchen lassen. Der nach Satz 1 und Satz 2 erforderliche Nachweis ist mit dem sogenannten Bonusheft zu führen. Dieses ist unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen in der Hauskammer der jeweiligen Justizvollzugsanstalt oder mit Einwilligung der Untergebrachten und Dokumentation des Verbleibs an anderer Stelle (z. B. Arztgeschäftsstelle, Haftraum) aufzubewahren.

(6) Untergebrachten, die nicht nach § 62 SVVollzG Bln taschengeldberechtigt sind, kann bei der zahnprothetischen Versorgung zusätzlich zu Absatz 1 bzw. zu der Erhöhung nach Absatz 5 ein weiterer Zuschuss bis hin zur vollen Übernahme der Kosten aus Haushaltsmitteln gewährt werden, wenn die den Untergebrachten zur Verfügung stehenden monatlichen Mittel zu den von ihnen zu tragenden Kosten für die zahnprothetische Versorgung nach Absatz 1 bzw. Absatz 5 außer Verhältnis stehen und die Kosten nicht von Dritten getragen werden. Die den Untergebrachten monatlich zur Verfügung stehenden Mittel stehen zu den nach Absatz 1 bzw. Absatz 5 zu tragenden Kosten für die zahnprothetische Versorgung außer Verhältnis, wenn die durchschnittlich in den vergangenen sechs Monaten den Untergebrachten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aus 40 % des Eigengelds und 15 % des Hausgelds nicht oder nicht in vollem Umfang zum Bestreiten des nach Absatz 1 bzw. Absatz 5 zu tragenden Eigenanteils auch unter Berücksichtigung einer monatlichen Ratenzahlung innerhalb eines Zeitraums von bis zu sechs Monaten vor Entlassung

aus der Verwahrung ausreichen und zusätzlich auch die Inanspruchnahme eines Teils des angesparten Eingliederungsgeldes nach § 65 Absatz 1 SVVollzG Bln nicht oder nicht in vollem Umfang zur Kostentragung ausreicht. Eine Inanspruchnahme des Eingliederungsgeldes nach Satz 2 kommt nur in dem Umfang in Betracht, in dem zu erwarten ist, dass bei Entlassung Eingliederungsgeld in angemessener Höhe zur Verfügung stehen wird.

(7) Untergebrachten kann auch über das Maß der Regelversorgung nach dem SGB V hinaus eine aufwendigere zahnprothetische Behandlung gewährt werden, wenn sie für die dadurch entstehenden Mehrkosten selbst aufkommen.

(8) Liegen die Voraussetzungen der vorgenannten Regelungen nicht vor, können Untergebrachte auf eigene Kosten Zahnersatz oder Zahnkronen anfertigen lassen, wenn die Ärztin oder der Arzt der für die Einrichtung zuständigen Arztgeschäftsstelle dies für unbedenklich hält.

#### 4

#### Sehhilfen

(1) Benötigen Untergebrachte zum Ausgleich von Sehstörungen, die sich auf das Allgemeinbefinden auswirken oder nicht unerheblich auf ihren Alltag Einfluss haben, eine Sehhilfe, so wird ihnen aus Haushaltsmitteln eine Brille beschafft. Kontaktlinsen werden aus Haushaltsmitteln nur dann bezahlt, wenn sie medizinisch zwingend erforderlich sind. In diesen Fällen können auch die für Kontaktlinsen notwendigen Reinigungs- und Pflegemittel sowie Benetzungsflüssigkeit zu Lasten des Landeshaushalts beschafft werden, sofern Untergebrachte zur Beschaffung wirtschaftlich nicht in der Lage sind. Die Sehhilfen sind in einfacher Ausführung zu beschaffen und werden den Untergebrachten übereignet.

(2) Grundlage für die Beschaffung einer Sehhilfe ist die Verordnung einer Augenärztin oder eines Augenarztes. Aufgrund dieser Verordnung hat die Ärztin oder der Arzt der zuständigen Arztgeschäftsstelle der Einrichtung zu prüfen und aktenkundig zu machen, welche der Voraussetzungen aus Absatz 1 für die Beschaffung einer Sehhilfe auf Kosten des Landeshaushaltes vorliegen. Verfügt die zuständige Ärztin oder der zuständige Arzt über die erforderliche Sach- und Fachkunde, kann sie oder er die Brille ausnahmsweise selbst verordnen.

(3) Liegen die Voraussetzungen für die Beschaffung einer Sehhilfe aus Haushaltsmitteln nicht oder nur teilweise vor, weil Untergebrachte etwa höherwertigere Brillengläser auswählen, können Untergebrachte sich aus eigenen Mitteln eine Sehhilfe ganz oder anteilig beschaffen, wenn die Ärztin oder der Arzt der für die Einrichtung zuständigen Arztgeschäftsstelle dies für unbedenklich hält.

(4) Abweichend von Absatz 1 bis 3 sind Schutzbrillen, die Untergebrachte zum Schutz des Augenlichtes zur Arbeit in den Betrieben entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften benötigen, aus Mitteln der Arbeitsverwaltung zu beschaffen. In Unternehmerbetrieben sind die notwendigen Schutzbrillen vom Unternehmen zu stellen.

## 5

### **Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel**

(1) Die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln auf Kosten des Landeshaushaltes ist gemäß § 67 Absatz 1 SVVollzG Bln grundsätzlich nur dann gerechtfertigt, wenn die voraussichtliche Dauer des Freiheitsentzuges 6 Monate übersteigt. In besonderen Fällen kann die Einrichtung auf Vorschlag der zuständigen Ärztin oder des zuständigen Arztes die Kosten hierfür zu Lasten des Landeshaushaltes auch bei kürzerem Freiheitsentzug übernehmen.

(2) Liegen die Voraussetzungen für eine Ausstattung aus Haushaltsmitteln nicht oder nur teilweise vor, weil Untergebrachte sich etwa für höherwertige Materialien entscheiden, können Untergebrachte Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel auf eigene Kosten ganz oder anteilig anfertigen oder beschaffen lassen, wenn die Ärztin oder der Arzt der für die Einrichtung zuständigen Arztgeschäftsstelle dies für unbedenklich hält.

(3) Die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln zu Lasten des Landeshaushaltes setzt eine ärztliche Verordnung voraus; auch die zeitweise Überlassung kommt in Betracht.

## 6

### **Schutzimpfungen**

Erfolgte Schutzimpfungen werden im Impfpass dokumentiert. Der Impfpass ist unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten in der Hauskammer der jeweiligen Justizvollzugsanstalt oder unter Einwilligung der Gefangenen und Dokumentation des Verbleibs an anderer Stelle (z. B. Arztgeschäftsstelle, Haftraum) aufzubewahren.

## 7

### **Festbeträge**

Soweit für die zu verordnenden Arznei-, Verband- und Hilfsmittel Festbeträge nach §§ 35 und 36 SGB V festgesetzt sind, sollen zu Lasten des Landeshaushaltes nur die Mittel verordnet werden, deren Preise die entsprechenden Festbeträge nicht übersteigen.

## 8

### **Zuzahlungen**

Abweichend von den Bestimmungen der §§ 31, 32 und 33 SGB V müssen Untergebrachte für Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel keine Zuzahlungen leisten.

## 9

### **Wiederherstellungs- oder Wiederbeschaffungskosten**

(1) Notwendige Hilfsmittel, die bei bestimmungsgemäßigem Gebrauch unbrauchbar, verschlissen oder ungeeignet geworden sind, können nach Nummer 4 bzw. 5 neu verordnet werden (§ 33 Absatz 1 Satz 4 SGB V).

(2) Die Wiederherstellungs- oder Wiederbeschaffungskosten beschädigter, zerstörter oder verlorengegangener Zahnprothesen, Sehhilfen, Körperersatzstücke, orthopädischer und anderer Hilfsmittel nach Nummer 3, 4 und 5 haben die Untergebrachten grundsätzlich selbst zu tragen. Hier- von kann die Einrichtung ganz oder teilweise absehen, wenn

1. das Land Berlin nach zivilrechtlichen Grundsätzen zum Schadenersatz verpflichtet ist,
2. eine Leistung nach dem SGB VII (gesetzliche Unfallversicherung) in Betracht kommt,
3. Untergebrachte den Verlust oder den Schaden an ihren Hilfsmitteln nach Satz 1 nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben, oder
4. Untergebrachten die volle oder teilweise Kostentragung nicht zugemutet werden kann.

## **10**

### **Eigenleistung der Untergebrachten**

(1) Soweit die Untergebrachten nach Nummer 3, 4 oder 5 die Kosten ganz oder teilweise zu tra- gen haben, sind diese Eigenleistungen aus ihrem Eigen- und Hausgeld zu erbringen, sofern nicht eine andere Zweckbindung nach § 65 Absatz 1 SVVollzG Bln vorliegt. Hausgeld bleibt hierbei bis zur Höhe des Taschengeldebetrages unberücksichtigt.

(2) Die von den Untergebrachten nach Absatz 1 zu erbringende Eigenleistung ist vor Inanspruch- nahme der jeweiligen medizinischen Leistungen fällig. Die Inanspruchnahme der jeweiligen medi- zinischen Leistung darf nicht von deren Finanzierung abhängig gemacht werden.

(3) Reichen die nach Absatz 1 den Untergebrachten zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel aus Eigen- und Hausgeld nicht oder nicht in vollem Umfang aus, kann die Einrichtung einen Teil des gemäß § 65 Absatz 2 SVVollzG Bln angesparten Eingliederungsgeldes hierfür freigeben. Die Inanspruchnahme des Eingliederungsgeldes kommt nur in Betracht, wenn zu erwarten ist, dass bei Entlassung Eingliederungsgeld in angemessener Höhe zur Verfügung stehen wird. Reichen die hiernach zur Verfügung stehenden Mittel noch nicht aus oder kommt die Freigabe von Eingliede- rungsgeld nicht in Betracht, so ist abweichend von Absatz 2 Satz 1 unter Beachtung des § 59 Ab- satz 1 Nummer 1 Landeshaushaltsordnung und der hierzu ergangenen Allgemeinverfügung Num- mer 1 mit den Untergebrachten eine ratenweise Zahlung im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Mög- lichkeiten zu vereinbaren.

## **11**

### **Zustimmungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde**

Von den vorstehenden Regelungen darf nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde abgewichen werden.

**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschriften treten am 15. Februar 2023 in Kraft. Sie treten mit Ablauf des 14. Februar 2028 außer Kraft.

Berlin, den 8. Februar 2023

Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Im Auftrag

S. Gerlach